



Elternkammer Hamburg

Kurzinformation 2002 Nr. 1

Mitteilungen der Elternkammer Hamburg über die Arbeit von Plenum - Ausschüssen – Vorstand

Für die Elternräte der öffentlichen Schulen in Hamburg • für die Mitglieder der Kreiselternräte



Schulpolitische Pläne des Senators

In der Sitzung des Plenums am 4. Dezember erläuterte Senator Lange zunächst aus seiner Sicht die Ergebnisse der PISA-Studie, er informiert darüber, dass erst im Sommer mit konkreten Zahlen zur Situation in Hamburg zu rechnen sei. Feststellen könne man aber schon jetzt, dass sich die Integration ausländischer Kinder auf die Leistung auswirke deshalb wolle man Förderung schon vor der Einschulung vorsehen. Man müsse sich auch der Frage stellen, ab wann man Kinder mit unterrichtsähnlichen Situationen konfrontieren solle, da müsse man im Vorschulalter und in den Kindertagesstätten mehr tun als bisher. Dieses betreffe auch den Englischunterricht in der Grundschule, der solle „handfester“ und mit Benotung sein.

Senator Lange benennt einige Vorhaben der Regierungskoalition:

- eine bessere Sprachausbildung, 1. bei den Müttern, 2. für die Kinder im vorschulischen Bereich. Eine frühzeitige Feststellung der Sprachkenntnisse ist erforderlich.
- mindestens 3 Ganztagschulen pro Jahr sollen eingerichtet werden. Es sollen Frühstück und Mittagessen angeboten werden, dieses ist auch in Bezug auf einen ganzheitlichen Ansatz von Bildung notwendig.
- freie Standortwahl für Grundschulen soll eingeführt werden. Die schon geäußerte Kritik daran wird ernstgenommen und diskutiert.
- Unterrichtsausfall soll minimiert werden, zunächst mit der Einstellung von 180 LehrerInnen (400 zusätzliche LehrerInnenstellen in dieser Legislaturperiode). Es gibt viele

Bewerbungen auch aus anderen Bundesländern. Das Reservoir der Organisation in den Schulen soll besser ausgeschöpft werden.

- die Haupt- und Realschulen sollen gegenüber den Gesamtschulen deutlich gestärkt werden, die finanzielle Ausstattung soll angeglichen werden.
- trotz der angespannten Finanzsituation wird der Bildungssektor von Sparmaßnahmen ausgenommen.

In der Diskussion mit dem Plenum geht Senator Lange auf die Fragen und Statements u.a. wie folgt ein: Auf Nachfrage bestätigt Senator Lange den Eingang des offenen Briefs des Ausschusses für Sonderschulen und Integration, man werde sich in Kürze mit den Aussagen/Fragen zum Koalitionsvertrag in Bezug auf die Sonderschulen befassen.

Es werde zeitnah eine Präzisierung der bildungspolitischen Richtung in der Legislaturperiode geben, auch die Elternkammer sei aufgefordert, mit Inputs zur weiteren Klärung beizutragen.

Die Verkehrserziehung durch dafür qualifizierte Polizeibeamte wird für wichtig gehalten, der Titel der Broschüre „Kinder aus dem Verkehr ziehen“ wird wie von der Elternkammer auch von Herrn Senator Lange für sehr problematisch gehalten.

Für das Thema Gebäudemanagement erwartet Senator Lange eine Aussage / Stellungnahme der Elternkammer. Es werde geprüft, ob und inwiefern Schulverwaltungsaufgaben durch nichtpädagogische Fachleute wahrgenommen werden können.

Die Bedenken zur Öffnung der Schulgrenzen teilt Senator Lange nicht, schon jetzt gebe es für ca. 10% der Kinder durch Antrag der Eltern eine Freigabe. Aber auch von Schulleitungen, so Senator Lange, sei davon abgeraten worden, es gebe jetzt eine genaue Prüfung.

Auf die Frage, ob das Wahlrecht der Eltern in der Grundschule auf Noten oder Berichtszeugnisse abgeschafft werden solle, sieht Senator Lange die Verantwortung der Schulbehörde dafür, vergleichbare Maßstäbe zu setzen und die Entscheidung über die Art der Zeugnisse nicht in die Beliebigkeit der Stimmungslage eines Elternabends zu legen.

Auch die LeiHS-Studie belege, dass häufig Eltern ihren Kindern die Texte erklären müssten.

Zur Frage nach der Weiterarbeit an den Bildungsplänen sagte Senator Lange: Die Entwürfe für die Bildungspläne der Sek I befinden sich in einem Besprechungsprozess. Änderungen in diesem Prozessablauf sind nicht vorgesehen, das Verfahren geht wie geplant weiter.

Um die hohe Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren, wird man sehr genau die Ursachen erforschen müssen, so Herr Lange. Ganztagschulen sollen auch deshalb überwiegend in sozialen Brennpunkten eingerichtet werden. Senator Lange bekundet seine Bereitschaft, intensiv mit der Elternkammer zusammen zu arbeiten, um gemeinsam Lösungen zu finden.

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Schwerpunktthema:	1
Die Pläne des Senators	
Infos aus der Deputation	2
Der „Heiße Herbst“ 2001	2
In eigener Sache	2
Neuer Vorstand gewählt	3
Sabine Bick neue Vorsitzende:	3
Ihre Ziele für die Kammerarbeit	
Nachwahlen in die Elternkammer	
Feedback-Umfrage	
Ausschüsse der Schulformen	3
Grund-, Haupt- und Realschulen • Gesamtschulen • Gymnasien • Sonderschulen	
Sonderausschüsse	
Bildungspläne	3
Aktuelle Informationen	4
Hitzige Diskussion um die neue Bildungspolitik	4
Lernmittelfreiheit	4
Pressemitteilungen	
„Lernmittelfreiheit“	4
„100 Tage Bildungspolitik“	5
Anhang	
Schulschwänzen	6
Zwischenbericht Bildungspläne	7
Aus der Studie zur Leistungsbeurteilung	8
Glossar	8
Ankündigungen – Termine	8
Impressum	8

Aus der Sitzung der Deputation

Senator Lange und die Behördenleitung kündigten am 21.01.02 folgende Maßnahmen an:

Änderungen zum Schuljahresbeginn am 1.8.02:

- Eine 3. Sportstunde: wo noch nicht vorhanden soll sie bereits zum Schuljahresbeginn eingeführt werden, finanziert durch Reduzierung der Teilungs- und Differenzierungsstunden, Schulen werden zur Umsetzung verpflichtet.
- Abitur nach 12 Jahren: Verkürzung bei Gymnasien ab Klasse 5 und Kooperativen Gesamtschulen ab Klasse 7; Integrierte Gesamtschulen bleiben bei 13 Jahren.

Als vorbereitende Maßnahme wird bereits ab Herbst 2002 in Klasse 5 die Zahl der Wochenstunden von 28 auf 30 erhöht, d.h. eine Stunde Mathematik und Deutsch mehr. Ein fertiges Konzept gibt es nicht, dies wird, nach Aussagen von Herrn Lange, nach und nach entwickelt und dann den Gremien vorgelegt. Informationsschreiben gehen jetzt an die Schulen, entsprechende Infos dann auch an die Eltern

- Zeugnisse ab Klasse 3 der Grundschule: Noten mit Bericht. Befragungen von Eltern und Lehrer hätten dieses Vorgehen als wünschenswert ergeben.
- drei neue Ganztagschulen: aktuell eine Haupt- und Realschule, eine Gesamtschule und ein Gymnasium. Erhöhung der Zahl der Schüler pro Klasse erscheint möglich.
- Die inhaltliche Gestaltung ist noch unklar, Konzepte für offene Ganztagschulen seien zu verändern, zusätzlich kommen pro Jahr dazu 6 Standorte Preregio II, die nicht so dicht mit Lehrern besetzt sind, aus zwei dieser Schulen wurden jetzt Ganztagschulen.

Daraus folgt laut Lange:

4 x 3 Ganztagschulen plus 4 x 6 Standorte Preregio II in der Legislaturperiode (Die Einrichtung der 3 neuen Ganztagschulen wurde inzwischen konkret beschlossen: Das Kurt-Tucholsky-Gymnasium in Altona, die Geschwister-Scholl-Gesamtschule im Osdorfer Born, die Haupt- und Realschule Telemannstraße in Eimsbüttel.

- Schulgebietsgrenzen: Zunächst gibt es zwar keine Aufhebung, wohl aber eine **Lockerung der Schulgebietsgrenzen für die Einschulung in die Grundschule**: Wer im Herbst sein Kind in eine andere als die im Bezirk zuständige Grundschule schicken will, muss wie bisher entsprechende Anträge

stellen. Der Kriterienkatalog wurde aber erweitert. Neu gilt das Argument „tolle Schule“. Wenn der Platz an einer Schule erschöpft ist (Finanzierungsvorbehalt gilt grundsätzlich), dann werden die Anmeldungen nach „Zumutbarkeit“ und „Schulweg“ ausgesucht. Dies soll den Schulen bereits mitgeteilt sein. Deputation und Kammern bemängeln das Vorgehen der Behörde und den Ausschluss der Gremien von der Beratung

Zur Kürzung der Mittel für den pädagogischen Mittagstisch ergaben sich folgende Erklärungen: Die Nachkalkulation hat ergeben, dass es bei den Kindertagesstätten Überschüsse gab. Der neue Haushaltsansatz wurde um den Betrag der im vergangenen Jahr nicht verbrauchten Mittel gekürzt.

Wie die Schulgesetzänderung ablaufen soll ist noch nicht geklärt. Im Februar will der Senator wieder in die Gremien kommen.

Der „Heiße“ Herbst vom letzten Jahr

Eine Übersicht der Arbeiten und Aktionen der Elternkammer zwischen August und November 2001

- Konzeption von „Wahlprüfsteinen“ für alle zur Bürgerschaftswahl angetretenen Parteien zu deren Schulpolitik
- Diskussion der Wahlprogramme zum Bereich Schule mit den Schulpolitischen Sprechern der Parteien
- Senatsempfang und Feier zum Anlass der 500. Sitzung der Elternkammer
- Ausarbeitung einer detaillierten Stellungnahme zu den Entwürfen der Bildungspläne für die Sekundarstufe I aller Schulformen
- Beratungen zu Konzepten für Ganztagschulen, Stellungnahme und Antrag zum Thema Schulverpflegung

Unmittelbar nach der Bürgerschaftswahl aufgestellt und veröffentlicht: **Gemeinsame Forderungen der SchülerInnen-, Lehrer- und Elternkammer an die zukünftige Schulpolitik**, z.B.:

- 500 Neueinstellungen sofort
- Klassenlehrerstunde für alle Klassen der weiterführenden Schulformen
- Sozialpädagogen an Haupt- und Realschulen
- Kultur der Zusammenarbeit von Schülern, Lehrern und Eltern
- Schulformen, die Gleiches leisten, auch mit Ressourcen gleich ausgestattet
- zügigen Ausbau aller Formen von Ganztagschule und

- die Entwicklung neuer Konzepte für diese Schulart.

Weitere Arbeitsschwerpunkte:

- Einrichtung eines Sonderausschusses zum Thema „Abitur nach 12 Jahren“ zur Entwicklung von Empfehlungen, Forderungen und einer fundierten Stellungnahme
- Kritik und Stellungnahme zur Broschüre „Kinder aus dem Verkehr ziehen“
- Auseinandersetzung mit den Aufgaben der Integrierten Gesamtschulen im Bezug auf die geplante Schulpolitik

In eigener Sache

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat sich rund um unsere Arbeit viel ereignet: Die Schulpolitik stand im Wahlkampf zu den Bürgerschaftswahlen, die Elternkammer feierte ein Jubiläum, ein neuer Schulsenator trat seinen Dienst an, die Bürgerschaft macht neue Schulpolitik, die Elternkammer bekam etliche neue Mitglieder und die Ausschüsse wurden nachbesetzt.

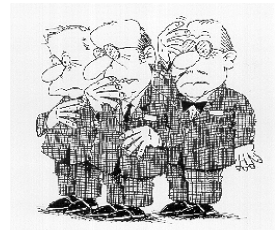
Das alles hat uns sehr beschäftigt und auch viel Arbeitskraft gebunden. Nicht alles haben wir geschafft. So ist dabei die Herausgabe unserer „KURZINFO“ recht heftig in Verzug geraten. Das bedauern wir besonders, denn damit haben wir unsere Informationspflicht an die Elternschaft nur stiefmütterlich behandelt. Die Ergebnisse unserer Arbeit waren zwar über unsere Homepage einsehbar, aber noch haben wir ja nicht alle einen Anschluss an das Internet.

Doch da ist sie jetzt wieder, unsere aktuelle „KURZINFO“ – wie Sie bemerkt haben, in einem etwas anderen Gewand. Wir meinen, mit ein wenig mehr Nüchternheit im Layout auch zu mehr Klarheit in unserer gemeinsamen Sache beizutragen. Wir sind gespannt auf Ihr Feedback...

Damit die Lücke seit der letzten Ausgabe nicht so schmerzt, als Nachtrag ein Überblick zur Arbeit der Kammer im Herbst 2001. Zusätzlich haben wir diese Ausgabe – es soll eine Ausnahme sein – etwas ausführlicher gehalten.

Vorstand und Redaktion wünschen Ihnen, dass Sie unsere Informationen bei Ihrer Arbeit effektiv verwenden können.

Huch,
das ist
uns aber
peinlich!



Neuer Vorstand der Elternkammer

Turnusgemäß wählte die Elternkammer ihren Vorstand neu. Der scheidende Vorstand legte einen Bericht über die Arbeit des vergangenen Jahres vor, er wird im Wortlaut auf der Homepage der Elternkammer veröffentlicht. Die bisherige Vorsitzende, Frau Meike Jensen kandidierte nicht wieder für den Vorstand, sie war von der Fraktion der SPD in die Deputation der BBS gewählt worden. „Beide Funktionen könnten zu Interessenskonflikten führen“, erklärte Frau Jensen. Das Plenum dankte ihr mit Beifall für ihre engagierte Arbeit.



Sabine Bick zur Vorsitzenden gewählt

Frau Bick war bisher stellvertretende Vorsitzende der Kammer und gehört seit 4 Jahren dem Vorstand an. Als wichtigste Ziele für die Kammerarbeit stellte Frau Bick heraus:

- „Ich übernehme das Amt in einer spannenden Zeit. Aufgabe der Elternkammer wird es sein, Diskussionen mit zu bestimmen und Antworten zu finden zu Themen wie der beabsichtigten Änderung des Schulgesetzes, der Realisierung der Bildungspläne, Konzepte und Veränderung der Lernabläufe bei einer Einführung eines Abitur nach 12 Jahren und die Auswirkungen auf die anderen Schulformen. Hierzu Beispiele:
- Ganztagschulen, Konzept und Anzahl, Mittagsbetreuung
- Lehrmittelfreiheit, Koalitionsvertrag und die Umsetzung: was ist aus den Forderungen der EKH und den Wahlversprechen geworden?

Elternstandpunkte müssen gegenüber Politik, Schulbehörde und Öffentlichkeit deutlich gemacht werden.“

Für die weiteren Funktionen im Vorstand wurden gewählt:

Stellvertretender Vorsitzender:
Herr Behrens (KER 53, Elternrat Gymnasium Meisdorf),
 Schriftführerin:
Frau Mosebach (KER 21, Elternrat Gymnasium Altona),
 stellvertretender Schriftführer:
Herr Gisch (KER 52, Elternrat Petersen-Gesamtschule),
 Beisitzerin:
Frau Lejins (KER-SO, Elternrat Schule Tegelweg - Schule für Körperbehinderte),
 Rechnungsführer:
Herr Heidmann (KER 53, Elternrat Gymnasium Oldenfelde)

Berichte aus den Ausschüssen

Ausschuss Sonderschulen

Der Elternkammerausschuss Sonderschulen und Integration hat einen offenen Brief an Senator Lange geschrieben, der beim Senator bereits aus Resonanz gestoßen ist. In dem Brief bringt der Ausschuss die äußerst schwierige Lage der Sonderschulen zum Ausdruck. Im Vordergrund steht der überproportionale Ausfall von Unterricht, der durch den Ersatz mit Trainings- oder Therapiestunden in keiner Weise aufgefangen wird. Der Wortlaut des Briefes wird in unsere Homepage aufgenommen.

Ausschuss Gesundheit, Sport und Umwelt

Mit der Verabschiedung des Berichts zur Aktion „Schulen gegen Sucht“ haben wir ein Schwerpunktprojekt vorläufig abgeschlossen. In diesem Jahr wird sich der Ausschuss mit der Umsetzung der im November 2001 eingebrachten Vorschläge der Initiierung von Mittagstischen, der ärztlichen Versorgung an Schulen sowie mit dem Thema Polizeiverkehrslehrer und polizeiliche Verkehrserziehung befassen.

Gymnasialausschuss

Im Zusammenhang mit Erörterungen zur besseren Gestaltung der Gymnasialen Oberstufe und der Verbesserung der Transparenz für das Zustandekommen der Abiturnote wurden Informationen über die neuen BAFÖG-Regelungen eingeholt. Der Ausschuss weist darauf hin, dass das für die Bearbeitung der Anträge zuständige Studentenwerk die Stelle einer Fachberaterin für Oberstufen eingerichtet hat. Frau Alrun Fink steht als Referentin für dieses Thema zur Verfügung (ausführliche Infos unter www.bafog.bmbf.de). Im November 2001 wurde mit der Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien deren

Grundsatzpapier: „Schulbehörde missachtet Elternwillen“ diskutiert und vereinbart, den Gedankenaustausch fortzuführen. Arbeitsschwerpunkt wird in der nächsten Zeit die Behandlung der Bedingungen für die Umsetzung des Abiturs nach 12 Jahren sein.

GHR-Ausschuss

Im Hinblick auf die geplante Schulzeitverkürzung in den Gymnasien hat sich der Ausschuss mit der dadurch entstehenden Problematik beim Schulwechsel befasst. Weiterhin wurden die Maßnahmen zur Qualitätssicherung diskutiert, die für die vom Senat geplante Stärkung der Haupt- und Realschulen wirkungsvoll erscheinen.

Gesamtschulsausschuss

Neben der eingehenden Information über die Integration von geistig und körperlich behinderten Schülerinnen und Schülern in Regelklassen hat sich der Ausschuss mit den Konsequenzen der Schulpolitik des neuen Senats für Gesamtschulen befasst und eine Stellungnahme entwickelt, die vom Ausschuss herausgegeben wird.

Ausschuss Bildungspläne

Der Ausschuss hat am 6. November 2001 eine ausführliche Stellungnahme zu den Entwürfen aller zu diesem Zeitpunkt von der BSJB vorgelegten Bildungspläne für die Sekundarstufen I der Hamburger Schulen abgegeben (Kurzfassung s. Anhang). Weiterhin wurde eine Stellungnahme zum Bildungsplan Religion vorbereitet. Die als Redakteurstexte vorliegenden Entwürfe zu den Bildungs- und Rahmenplänen Naturwissenschaften (Biologie, Chemie, Physik) wurden zur Erarbeitung von Stellungnahmen diskutiert.

Die übrigen Ausschüsse werden in der nächsten Ausgabe über ihre Arbeit berichten

Nachwahlen in die Elternkammer

In der EK muss per Gesetz jede Schulform durch mindestens 4 Mitglieder vertreten sein. Es fehlen derzeit 3 H/R-Vertreter/innen, so dass nach § 81 (1) HmbSG eine Nachwahl erforderlich wird.

Die Wahlordnung zur Elternkammer sieht nun vor, dass sich in allen Kreisen Elternratsmitglieder zur Wahl aufstellen lassen, die an einer H/R-Schule Mitglied des Elternrates sind. Die Elternkammer organisiert den Wahlvorgang zusammen mit den Kreiselternräten.

Hitzige Diskussion um die neue Bildungspolitik

In dem von der Elternkammer ins Leben gerufenen Elternforum im Internet ist eine heftige Diskussion um die neue Bildungspolitik des Senats entbrannt. Ein besonderes Schwerpunktthema war neben der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre oder die geplanten Einschränkungen der Lehrmittelfreiheit **die Mitverantwortung der Eltern** für das schlechte Abschneiden deutscher Schüler in PISA. Hier ein paar Ausschnitte:

„Liebes Forum, gestern wurde - als eines der Nebenergebnisse von PISA - veröffentlicht, dass offenbar auch ein Versagen der Eltern eine entscheidende Rolle beim schlechten Abschneiden Deutschlands gespielt hat. Nirgendwo anders stehen die Eltern offenbar so gleichgültig der Schule/Bildung Ihrer Kinder gegenüber...“

„Leider hat sich bei den "modernen" Eltern viel zu oft die Ansicht durchgesetzt "für das Lernen ist die Schule da". Das ein gemeinsames Arbeiten, in Bezug auf Lehrstoff und Pädagogik, zwingend angezeigt wird, wird nur leider zu oft nicht gesehen....“

„...dann geht es nicht darum, den Eltern mehr Rechte einzuräumen, sondern darum, dass sich die Eltern mehr um ihre Kinder kümmern. Sicherlich eine gesellschaftliche Aufgabe, die aber auch im Kleinen - an jeder Schule - beginnen kann. Nur wie? Plant die Elternkammer Aktionen, Stellungnahmen o.ä.“

Den Zugang zum Elternforum finden Sie über die Homepage der Elternkammer:
<http://www.elternkammer-hamburg.de>

Ende der Lehrmittelfreiheit?

Im Rahmen der Eigenständigkeit der Schulen wurden Budgetmittel für Lehr- und Lernmittel in die Eigenverantwortung der Schulen gelegt. Diese Budgetmittel waren über das Haushaltsjahr hinaus übertragbar und wurden so für größere Anschaffungen angespart. Die Verwendung der Mittel war den Schulen überlassen und konnte in den Schulgremien abgesprochen und festgelegt werden. Durch das Ansparen in den vergangenen Jahren haben sich zum Teil hohe Beträge für einzelne Schulen angesammelt. Dieses ist den

meisten Elternräten unbekannt und sollte abgeprüft werden.

In einer Budget-Novellierung unter dem neuen Senat Anfang 2002 wurden diese Beträge zum Teil drastisch gekürzt. Die Eigenständigkeit der Schulen wird somit in Teilen wieder eingeschränkt, gewünschte Vorhaben der Schulen sind somit gefährdet. Die Lehr- und Lehrmittelfreiheit wird gemäß den neuen Senatsplanungen aufgehoben, die Finanzmittel werden zukünftig in den Schuletats fehlen.

Zu den von Senator Lange eingeleiteten Diskussionen zur Einschränkung der Lehrmittelfreiheit hat die Elternkammer ein Meinungsbild erstellt: Es ergab eindeutig, dass der jetzige Zustand erhalten bleiben muss, es kann keine weitere geldliche Belastung von Eltern vertreten werden. Der Vorstand hat dazu eine Pressemitteilung herausgegeben.

Die Elternkammer legt ein Konzept zur kostenpflichtigen Ausleihe von Schulbüchern vor.

Pressemitteilung vom 30.01.2002 zur Lehrmittelfreiheit

Die Elternkammer lehnt die von der Behörde für Bildung und Sport angekündigte Einschränkung der Lehrmittelfreiheit aus folgenden Gründen ab:

- Nach dem Grundgesetz liegt das Schulsystem in der Verantwortung des Staates und nach dem Hamburgischen Schulgesetz § 29 erhalten die Schülerinnen und Schüler, die eine staatliche Schule besuchen, unentgeltlichen Unterricht. Damit ist die Finanzierung des Unterrichts aus öffentlichen Mitteln gesetzlich festgelegt. Zur Sicherstellung von Unterricht ist es gleichermaßen erforderlich, Schulräume, Lehrkräfte und Unterrichtsmittel bereitzustellen. Daraus ist nicht ableitbar, dass die Finanzierung von Unterrichtsmitteln aus anderen Quellen zu finanzieren ist, als die Bereitstellung von Schulräumen und Lehrkräften.
- Ebenfalls aus dem Grundgesetz ist abzuleiten, dass der Staat für die Chancengleichheit in der Bildung zu sorgen hat.
- In Hamburg besteht für schulpflichtige Schülerinnen und Schüler nach § 30 HmbSG Lehrmittelfreiheit, mit Ausnahme von
 - Materialien und Gegenständen, die im Unterricht verarbeitet oder verbraucht werden,
 - Lernmitteln von geringem Wert (wie z.B. Schreibheften, Zeichenmaterial und Malfarben, Zirkelkästen, Lektüre, Wörterbücher).

- Der Anteil der Kosten der Lehrmittelbeschaffung beträgt derzeit im Mittel aller Schulformen rund 50,- EUR pro Schüler und Schuljahr. Dies sind etwas mehr als 1% der gesamten Ausgaben, welche die Freie und Hansestadt Hamburg für einen Schüler, eine Schülerin aufwendet.

- Bereits heute betragen die Aufwendungen, welche von Eltern zusätzlich für die Beschaffung nicht öffentlich finanzierter Lehrmittels und der besonderen Unternehmungen im Rahmen des Unterrichts (z.B. Klassenreisen, Auslandsaufenthalt, Schüleraustausch, Betriebs-, Museums- und Theaterbesuche) getragen werden müssen, nicht selten ein Vielfaches des öffentlich finanzierten Betrages für Lehr- und Lernmittel. Die Abschätzung der Größenordnung führt zu Werten zwischen rund 30,- EUR (von der Sozialhilfe gewährter Pauschal-Betrag) bis zu mehreren Hundert EUR nach Angaben einzelner befragter Eltern. Die Sozialleistungen des Staates (Kindergeld, Steuerentlastungen) gleichen weder diese noch die Gesamtaufwendungen für die Kindererziehung auch nur annähernd aus.

- Es ist davon auszugehen, dass die Nutzung neuer Medien zur Steigerung von Unterrichts-Effizienz die Aufwendungen von Eltern für Lehrmittel (Computer, Laptops, Lernsoftware, elektronische Kommunikation) um ein Vielfaches erhöhen werden. Elterliche Budgets sind jedoch nicht beliebig erweiterbar.

Nur finanziell privilegierte Eltern können ihren Kindern Lehr- und Lernmittel jederzeit finanzieren. Dies ist Eltern heute und bei steigenden Kosten auch zukünftig nicht zuzumuten. Ein besonderes Antragsverfahren für „Bedürftige“, wie vorgesehen, würde zu einer Diskriminierung sozial schwacher Familien und zu sozialen Benachteiligungen führen.

Es ist gerechtfertigt, die Kosten für die schulische Bildung einschließlich der Kosten für Lehr- und Lernmittel öffentlich aus dem Steueraufkommen aller Gesellschaftsgruppen zu finanzieren, also z.B. auch durch kinderlose Personen, Eltern mit erwachsenen Kindern oder durch Wirtschaftsunternehmen. Eine zusätzliche Finanzierung über Sponsoring, welches allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommt, oder aus Vermögenserträgen, ist ebenfalls denkbar.

Es ist unbestritten Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler mit den ihnen überlassenen Büchern nicht immer pfleglich umgehen. Dies gilt vielleicht auch deshalb, weil diese Bücher ihnen nicht gehören und daher für sie keinen oder nur gerin-

gen Wert haben. Eine Vermutung, welcher sicher sehr aufmerksam nachgegangen werden muss. Hier sind pädagogische Maßnahmen die richtige Antwort, nicht aber die Einschränkung der Lernmittelfreiheit. Diese erzieherische Aufgabe haben Eltern und Schule gemeinsam zu leisten.

Das von der Schulbehörde zu hörende Argument, endlich durch Mitfinanzierung der Eltern für gute, neue Schulbücher sorgen zu wollen, kommt einer Bankrotterklärung gleich. Die Elternkammer Hamburg fordert kostenneutrale Lösungsmöglichkeiten. Sie sollen das Bewusstsein für den Wert von fremdem und eigenem Eigentum bei Schülerinnen und Schülern stärken, dabei aber Diskriminierungen vermeiden.

Das jetzige System der kostenlosen Ausleihe kommt dieser Forderung nicht nach. Daher schlägt die Elternkammer Hamburg eine kostenpflichtige Ausleihe vor. Für jedes, dem modernen Stand der Schulforschung entsprechende Lernmittel, wird bei der Ausleihe ein angemessener Pfandbetrag bezahlt. Wird dieses Lernmittel am Ende des Schuljahres ordentlich wieder abgegeben, so fließt dieser Pfandbetrag an die Eltern zurück.

Die Elternkammer Hamburg fordert Schulsenator Rudolf Lange erneut auf, nicht nach Guts-herrenart Entscheidungen alleine zu treffen, sondern endlich den am Entscheidungsprozess zu beteiligenden Gremien seine Konzepte zur Beratung und Abstimmung vorzulegen. Änderungen bestehender Gesetze und Verordnungen, wie die Beschneidung der Lernmittelfreiheit, bedürfen nach dem Hamburgischen Schulgesetz der Anhörung der schulischen Kammern und der Schul-Deputation.

Es wird von Eltern als Provokation begriffen, wenn der von ihnen zu leistende Sparbeitrag schon im Haushaltsentwurf festgeschrieben ist und sich bereits in der Haushaltsberatung befindet, ohne ihnen vorher über das konkrete Vorhaben und die Höhe der geplanten zusätzlichen Belastung der Haushaltseinkommen reinen Wein einzuschenken.

Pressemitteilung vom 7.2.2002 zu „100 Tage Schulpolitik“

Der Elternkammer Hamburg liegt sehr an einer konstruktiven und gedeihlichen Zusammenarbeit mit Hamburgs neuem Schulsenator Rudolf Lange zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler, die in Hamburg zur Schule gehen.

Eine **konstruktive Zusammenarbeit ist zur Zeit nicht möglich**. Die Presse kennt die weitreichenden Entscheidungen der Schulbehörde eher als die gesetzlichen Mitbestimmungsgremien. Konzepte zu den vorgesehenen Änderungen in der Schulpolitik hat der Senator der Elternkammer bisher keine zur Beratung vorgelegt, die Termine für deren Umsetzung sind jedoch bereits festgelegt. Auch aus den Medien waren **bisher nur Absichtserklärungen** des neuen Senators zu entnehmen. Diese Absichtserklärungen hat Senator Lange seit seinem Besuch in der Elternkammer am 4. Dezember 2001 bisher nicht konkretisiert, die Mitbestimmungsgremien vor der Bekanntgabe seiner Entscheidungen nicht beteiligt.

Diesen Umgang mit gesetzlich vorgesehenen Beratungsgremien war die Elternkammer Hamburg bisher nicht gewohnt. Er ist nicht hinnehmbar und muss sich ändern. **Die Elternkammer fordert ihr im Schulgesetz verankertes Recht auf Mitberatung ein, bevor Entscheidungen gefällt und veröffentlicht werden.** Zu den geplanten Maßnahmen im Einzelnen:

1. Aufhebung Schulgebietsgrenzen: Die Elternkammer lehnt eine **Veränderung bei den Schulgebietsgrenzen** als unsozial und schädlich für die Entwicklung der Kinder in dieser Sozialisationsphase ab. Sie brauchen konstante Bezugspersonen in ihrem häuslichen und sonstigen sozialen Umfeld. Können Kinder die Entfernungen zwischen Schulort und Freizeitraum nicht allein überbrücken, so hemmt dies ihre Entwicklung. Kinderfreundschaften müssen fortgeführt und auch nachmittags gelebt werden können ohne Eltern als Chauffeur.

Darüber hinaus ist eine soziale Entmischung der Stadtteile und der in ihnen gelegenen Schulen der sozialen Integration abträglich. Es gilt vielmehr die Qualität der Grundschulen zu verbessern. Maßnahmen, wie die **Stundenbemessung verstärkt nach den sozialen Gegebenheiten** zu richten sind ebenso denkbar wie Absenkung von Klassenfrequenzen, damit eine gezielte Förderung für das einzelne Kind verstärkt im Mittelpunkt stehen kann. Weitere Qualitätsverbessernde Maßnahmen können nach Auffassung der Elternkammer Hamburg **mehr Ganztagsangebote im Grundschulbereich mit gesundem Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung** sein.

Eine Aufhebung von Schulgebietsgrenzen kann sich für Eltern schnell als "Mogelpackung" erweisen, wenn die Wunsch-Schulen überfüllt sind und die Kinder wegen Überfüllung und wegen des dann hervor gekramten Finanzierungsvorbehaltes, den die Behörde immer geltend machen kann, abgewiesen werden müssen. Insbesondere besteht die Gefahr, dass stark nachgefragte Schulen sich Schülerinnen und Schüler nach eigenen Kriterien aussuchen und damit gegen die Chancengleichheit verstoßen. Die bisher geltenden Regelungen hält die Elternkammer Hamburg für ausreichend.

2. Wiedereinführung der Ziffernoten ab Klasse 3

Berichtszeugnisse müssen angemessene, verständliche, ehrliche und positiv formulierte Aussagen über die kindliche Lernentwicklung des Schuljahres enthalten. Diese bisher frei von Eltern wählbare Form der Zeugnisse, auch wenn sie nicht immer optimal ausfallen, geben Eltern die Möglichkeit, mit ihrem Kind über die Schule und die erreichten Lernfortschritte und Leistungen zu sprechen. Eine Möglichkeit mehr, die von PISA eingeforderte verstärkte Hinwendung von Eltern auf kindliche Entwicklungsfortschritte zu lenken.

Die Abkehr von der Wahlmöglichkeit zwischen Berichts- oder Ziffernzeugnissen ausschließlich hin zu Ziffernzeugnissen stellt eine Beschneidung von Elternrechten dar. Die Elternkammer Hamburg spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus.

Feedback gefragt - Leser-Umfrage:

Wie wünschen Sie sich unsere KURZINFO?

Sicher ist nicht alles, was man sich wünschen könnte von uns auch machbar, aber in folgenden Punkten lässt sich sicher etwas ändern – oder weil für gut befunden, so belassen. Hier unsere Fragen:

Die „KURZINFO“ ist so OK – sollte kürzer / noch ausführlicher sein – lieber größere Schrift, dafür weniger Text.

Haben Sie dazu weitere Ideen?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung am besten per eMail: info@elternkammer-hamburg.de oder auf Postkarte

Wie sollte denn eine gerechte Regelung in Integrationsklassen und Integrativen Regelklassen aussehen? Hier I-Kinder mit Berichtszeugnissen und da die anderen Kinder mit Ziffernzeugnissen und alle gehen in die selbe Klasse, lernen und leben in der selben Klassengemeinschaft? Da ist dann die Pädagogik auf der Strecke geblieben. Auch in regelhaften Grundschulen, in denen offener Unterricht durchgeführt wird, sind **Berichtszeugnisse pädagogischer Bestandteil des Lehrens und Lernens**, teilweise ist ihre Erteilung sogar im Schulprogramm festgeschrieben.

3. Sprachtraining für ausländische Kinder vom 3. oder 4. Lebensjahr an: **Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachqualität von Kindern ausländischer und deutscher Herkunft** sind sinnvoll und werden von der Elternkammer unterstützt. Dabei spielen die Stärkung und Ausweitung von Vorschulen und eine pädagogische Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten eine herausragende Rolle. Ein Angebot, welches kostenfrei und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden muss, um die gleichen Ausgangs- und Rahmenbedingungen für alle Kinder zum Schuleintritt zu ermöglichen. Einschränkungen aus Kostengründen, Kinder dürfen nicht gleichzeitig vormittags die Vorschule und nachmittags eine Kindertagesstätte besuchen, müssen der Vergangenheit angehören.

4. Abitur nach 12 Jahren

Wege zu Lernerfolgen sind nicht an einen absoluten Zeitrahmen gebunden. Der **Zeitbedarf für das Lernen ist abhängig von Ausgangs- und Randbedingungen**. Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von derzeit 13 auf nunmehr 12 Jahre als erster Schritt ist eine Maßnahme, die das Pferd vom Schwanz her aufzäumt. Will man das Ziel einer Schulzeitverkürzung bei gleichzeitiger Verbesserung des Lernergebnisses erreichen, müssen als erstes die Ausgangs- und Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, z.B.:

- Sehr früher Beginn der Sprachförderung
- Anleitung zu altersangemessenem selbstständigem Lernen bereits im Vor- und Grundschulalter
- Beseitigung des selbstständigen Lernprozesse störenden 45-Minuten-Rasters
- Verteilung des Unterrichts auf Vormittag und Nachmittag mit Mittagsangeboten
- Schaffung von Pausen-Zeiten und -Räumen für die kreative Verarbeitung des Gelernten und Angeboten für die körperliche Erholung

- Regelmäßige Fortbildung der Lehrpersonen in fachlicher und personeller Kompetenz für diese neue Art des Lernens

Nicht alle Lernenden können den Lernprozess im militärischen Gleichschritt gehen. Es müssen Umwege oder Abkürzungen für individuelle Lernfortschritte möglich sein. Auch dafür sind die erforderlichen Strukturen noch zu entwickeln.

Der bisherige Weg, die durch die KMK-Vereinbarung vorgegebenen Stunden auf 12 Schuljahre zu verdichten, greift zu kurz. **Ein Konzept zur Schulzeitverkürzung, welches Grundschule, SEK I und SEK II mit einbezieht, dabei aber auch Pubertät und dadurch ausgelöste individuelle Schulmüdigkeit berücksichtigt, Berufsorientierung und Auslandsaufenthalte ermöglicht, verspricht bei Straffung und Modernisierung der Lerninhalte mehr Aussicht auf Erfolg.**

PISA, LAU und Hamburgs Schulpolitik – Passt das zusammen?
Schreiben Sie uns Ihre Meinung!
(am Besten per e-Mail)

Die Behörde hat **bis jetzt ein Konzept nicht vorgelegt**. Der Zeitpunkt der Einführung wurde aber bereits bekannt gegeben. Dies lehnt die Elternkammer Hamburg ab. Diese konzeptionslose Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren zum Schuljahresbeginn hat **große Unsicherheit bei Eltern und Schulen** ausgelöst. Zur Anmeldephase wissen Eltern und Schulen nicht, was die Zukunft für die zukünftigen Fünftklässler bringen wird. Eltern treffen eine Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder, ohne zu wissen, wann z.B. die zweite Fremdsprache eingeführt wird oder ab welcher Klassenstufe mit einer Ausdehnung der täglichen Unterrichtsstunden auf die Nachmittage und/oder Sonnabende gerechnet werden muss.

5. Lehrerversorgung

Bildung soll, so die Koalitionsaussage, einen hohen Stellenwert haben. Was ist aus den Wahlversprechen geworden? **Wo sind die Lehrerinnen und Lehrer, die guten Unterricht nach Plan garantieren**, die sich für Qualitätsverbesserung von Unterricht einsetzen können, welche die 3. Sportstunde flächendeckend in nicht überall vorhandenen Hallenkapazitäten erteilen, die zusätzlich in Klasse 5 der Hauüt- und Realschulen und der Gymnasien zwei Stunden mehr Unterricht erteilen, die das Mehr an schulischer Autonomie or-

ganisieren werden, welche die bis 2007 anwachsende Schülerpopulation unterrichten sollen? Diese Liste ist fast beliebig erweiterbar. Dabei ist die Sparverpflichtung von 50 Stellen für die Schulbehörde bislang nicht aufgehoben.

Die Elternkammer Hamburg hält an ihrer Forderung fest, die **Lehrerversorgung auf 105 Prozent** aufzustocken um Unterricht nach Stundentafel gewährleisten zu können, ohne dabei die zusätzlich geforderten Ausgaben für Klassenlehrerstunden, Bildungsplanarbeit und Präsenzzeiten für Lehrer aus den Augen zu verlieren. 500 zusätzliche Lehrerstellen müssen sofort geschaffen werden, an dieser Forderung der drei schulischen Kammern zum Beginn der Legislaturperiode, hält die Elternkammer fest.

6. Bildungspläne

Die Elternkammer steht hinter den bisher vorgelegten Bildungsplänen. Sie hat detailliert hierzu Stellung bezogen und Änderungen und Ergänzungen vorgeschlagen.

7. Lernmittelfreiheit

Elternkammer Hamburg verwahrt sich gegen den Angriff auf die gesetzlich garantierte Lernmittelfreiheit. Es wird von Eltern als Provokation begriffen, wenn der von ihnen zu leistende Sparbeitrag schon im Haushalts-

entwurf festgeschrieben ist und sich bereits in der Haushaltsberatung befindet, ohne ihnen vorher über das konkrete Vorhaben und die Höhe der geplanten zusätzlichen Belastung der Haushaltseinkommen reinen Wein einzuschenken.

Die Elternkammer schlägt als konstruktiven Beitrag ein **Pfandsystem für die Beschaffung von dem modernen Stand der Schulforschung entsprechenden Lernmitteln** vor. Dieses Pfandsystem stärkt das Bewusstsein für den Wert von fremdem und eigenem Eigentum bei Schülerinnen und Schülern, vermeidet dabei aber Diskriminierungen.

Hamburg Spitze im Schuleschwänzen!

Bei der Bundeselternrats-Tagung der Fachausschüsse von Haupt-, Real- und Gesamtschulen im Januar 02 in Bielefeld zum Thema „Schulabbrecher und Schulversager – wo liegen die Ursachen“ wurde offenkundig, dass die Zahl der Schulabbrecher und Schulverweigerer in Hamburg die höchste von allen Bundesländern ist: ca. 10% der SchülerInnen bleiben in Hamburg ohne Schulabschluss und 14% der SchülerInnen bleiben in Hamburg dem Unterricht regelmäßig fern.

Anhang:

Zwischenbericht Bildungspläne

Die Elternkammer hat am 27.11.2000 zu den von der BSJB vorgelegten Entwürfen der Bildungspläne für die Sekundarstufe I der Fächer Mathematik, Deutsch und Neue Fremdsprachen eine erste Stellungnahme abgegeben.

Ziel der Arbeit des Ausschusses war es, die Stellungnahme der Elternkammer zu den Entwürfen der Bildungspläne aus der Sicht der Eltern weiter zu differenzieren, zu ergänzen und zu untermauern.

Der Ausschuss Bildungspläne der Elternkammer hat die vorgelegten Entwürfe der Bildungspläne für die Sekundarstufe I analysiert und bewertet.

Die Bewertung erfolgte nach folgenden Kriterien:

1. Sind die Bildungspläne konkret genug, um nach diesen arbeiten zu können?
2. Sind die Bildungspläne offen genug zur Ausrichtung des Unterrichts an unterschiedlichen Schulprofilen?
3. Werden mit der Arbeit nach den Bildungsplänen geforderte Bildungsziele erreicht und ist deren Vergleichbarkeit sichergestellt?

Der Ausschuss kommt nach einer in repräsentativen Stichproben der Inhalte durchgeführten Analyse zu folgender Bewertung:

- Herkömmliche Lehrpläne sind schwerpunktmäßig auf die Vorgabe von zu lernenden Inhalten ausgerichtet. Damit ist eine Sicherstellung von Können besonders dann nicht gewährleistet, wenn gefordertes Wissen und Können zunehmend keine Konstanten mehr sind.
- Die klare Schwerpunktsetzung der vorgelegten Entwürfe der Bildungspläne auf Ziel- und Ergebnisorientierung des Lernprozesses ist dagegen - bei Nachbesserungsbedarf in verschiedenen Details - ein entscheidender Fortschritt der Bildungspädagogik.
- Die Entwürfe definieren Lernziele nicht nur in Bezug auf gefordertes Wissen und Können, sondern besonders auch auf das Erlernen und Beherrschen von Methoden. Benötigt werden dann allerdings in ausreichender Menge Lehrkräfte, die nach diesem Bildungskonzept arbeiten können. An dieser Stelle sehen wir noch die größten ungelösten Probleme.
- Die Zielpunkte für Lernergebnisse sind im Zeitraster der Bildungspläne auf sinnvolle Abschlüsse und nicht auf an sich eher willkürliche Jahrgangsziele ausgerichtet. Damit relativiert sich in gewissem Maße

die Forderung nach einer strengen Festlegung von Jahrgangsziele.

- Die Bildungspläne geben differenzierte, klare Zieldefinitionen. Sie sind damit die Basis und Voraussetzung für die Entwicklung konkreter Curricula. Die Bildungspläne wollen weder Curricula noch Lehrbücher ersetzen.



Zur Bewertung der Ergebnisse im Einzelnen:

1. Die vorgelegten Entwürfe der Bildungspläne sind konkret genug, um nach diesen arbeiten zu können. Zu den Rahmenplänen der Fächer hier einige spezielle Bemerkungen.

Rahmenplan Mathematik:

Anhand von Synopsen der Rahmenpläne für die Jahrgangsstufen 7 bis (9) 10 der verschiedenen Schularten erscheint die Konkretisierung der Inhaltsvorgaben ausreichend, aber in ihrer Differenzierung zu inhomogen dargestellt. Im Text zu den Rahmenplänen fehlt eine Differenzierung wie z.B. in den Rahmenplänen Neue Fremdsprachen.

Rahmenplan Deutsch:

Die Förderung der Entwicklung sprachlicher und ästhetischer Kompetenz, Bewusstsein für kulturelle Vielfalt und umfassende Unterrichtsgestaltung sind sichergestellt, das Verhältnis zwischen verbindlichen Vorgaben und ausreichendem Gestaltungsspielraum ist ausgewogen insbesondere in der Bedeutung des Faches für fächerübergreifenden Unterricht.

Die schulformbezogene Differenzierung ist zum Teil nicht ausreichend erkennbar, die didaktische Betrachtung erscheint eher zu knapp, bezüglich der Beurteilungskriterien ist die Spannweite zwischen „konkret“ bis „global“ z.T. eher zu groß.

Rahmenplan Neue Fremdsprachen

Eine ausreichende Konkretisierung und Differenzierung in Bezug auf

Sach- und didaktische Inhalte erscheint gegeben.

2. Die Bildungspläne sind insgesamt offen genug zur Ausrichtung des Unterrichts an unterschiedlichen Schulprogrammen und Schulprofilen, in Bezug auf gesellschaftliche Legitimität und die Einbeziehung von neuen Aspekten.

3. Mit der Arbeit nach den Bildungsplänen werden die geforderte Bildungsziele erreicht und deren Vergleichbarkeit sichergestellt, wenn neben den bisher als Bestandteile der Bildungspläne definierten Teilen

- Allgemeiner Teil
- Rahmenpläne der Fächer (und Aufgabengebiete)
- Umsetzungsbeispiele sichergestellt wird, dass
- die Beispielaufgaben für Vergleichsarbeiten der verschiedenen Jahrgangsstufen explizit und redaktionell in die Bildungspläne einbezogen werden,
- im Zuge der Einführung und Umsetzung der Bildungspläne verbindlich vorgegeben wird, dass die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten schulübergreifend an allen Hamburger Schulen evaluiert werden, die Ergebnisse an die Schulen zurückerfließen und schulspezifische Konsequenzen dort entwickelt und umgesetzt werden, wo auffällig abweichende Ergebnisse festgestellt werden,
- bei der Bewertung der vorliegenden Bildungspläne für die Sekundarstufe I vorausgesetzt werden kann, dass die Bildungspläne der Grundschulen auf gleiche Weise verbindliche Vorgaben für die Bildungsziele der Grundschule machen, damit in der Sekundarstufe auf diesen aufgebaut werden kann.

Es ist ein Hauptanliegen der Elternkammer, die Bildungspläne auf breiter Basis Eltern, Schülerinnen und Schülern zugänglich zu machen. Die Elternkammer wird weiterhin für Informations- und Fortbildungsangebote für Eltern zum Thema sorgen. Zur Sicherstellung der Verständlichkeit wird neben einer diesbezüglichen Verbesserungen der Formulierungen in den Texten die Herausgabe einer Beschreibung von Fachausdrücken und Erklärungen zu fachlichen Redewendungen vorgeschlagen. Ein geeignetes Verfahren zur Umsetzung dieses Anliegens könnte von der Elternkammer gemeinsam mit der BSJB entwickelt werden.

Die Elternkammer fordert die zügige Fertigstellung der noch ausstehenden Bildungspläne und steht für die weitere kritische Begleitung der hier zweifellos noch anstehenden Entwicklungsarbeit weiterhin zur Verfügung.

Thema Noten – Berichte

Zu diesem Thema hier ein Auszug aus dem Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Untersuchung von Prof. Lütgert, W. u.a.: Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung an Hamburger Schulen. Hrsg.: BSJB Hamburg. Hamburg, 2001 S. 48:

Notenzeugnisse mit Kommentarbogen: Hohe Akzeptanz bei entwicklungsbedürftiger Qualität

(Der an einigen Stellen etwas sehr „wissenschaftlich“ formulierte Originaltext wurde zur besseren Lesbarkeit hier leicht modifiziert wiedergegeben. Wie Sie das „Original“ finden können, steht weiter unten.)

Zu den eindeutigen, zugleich auch überraschenden Ergebnissen dieser Studie zählt, dass das »Notenzeugnis mit Kommentarbogen« auf eine überwältigende Zustimmung bei den Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften stößt, obwohl diese Zeugnisform bisher nur in einem kleinen Teil der Sekundarschulen eingesetzt wird. Man will auf Noten nicht verzichten, aber ergänzend Informationen bekommen, die den Lernprozess erläutern und Hinweise für den Ansatz von Fördermöglichkeiten geben. Die Befragten haben insgesamt positive Erfahrungen mit den »Bemerkungen zum Arbeits- und Sozialverhalten und zu den Leistungen« (als einem verpflichtenden Teil der Notenzeugnisse) gesammelt. Einen positiven Einfluss erwarten am entschiedensten die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern, doch auch die befragten Gymnasiallehrerinnen und -lehrer stimmen hier mehrheitlich zu. Wenn alle Betroffenen eine solche Lösung befürworten, ist das eine gute Basis dafür, die diagnostische und die fördernde Qualität der Notenzeugnisse zu erhöhen: Es sollte nach Möglichkeiten und nach Anreizsystemen gesucht werden, dass weit mehr Sekundarschulen als bisher ihre Fachnoten durch Kommentare ergänzen. Dies würde auch bedeuten, dass diese Zeugnisform nicht länger (fast) nur an Gesamtschulen ausgegeben wird, sondern sich auf alle Schulformen der Sekundarschule (das Gymnasium eingeschlossen) verbreitet.

Wenn man eine solche Perspektive anstrebt, muss man sich aber zugleich klar machen, dass die Qualität der Fachkommentare bisher meist nicht befriedigt. Das liegt schon an dem geringen Platz, der für einzelne Fachkommentare in manchen Zeugnisformularen vorgesehen ist. Die verlangte Deutlichkeit der Kommentare führt - oder verführt - dann zum Verallgemeinern und nicht zu Rückmeldungen über die ganz persönlichen Leistungen. Dennoch

gibt es sehr gute Beispiele dafür, wie knappe Kommentare diagnostische Hinweise und gezielte Förderung enthalten können. So ist der folgende Kommentar zu einer »4« in Deutsch: »Du hast immer noch große Probleme mit der Rechtschreibung und dem Lesen von unbekanntem Texten. Hausaufgaben kannst du sicher noch zuverlässiger machen. Deine Aufmerksamkeit im Unterricht hat sich in der letzten Zeit verbessert.« sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für ihre Eltern viel informationshaltiger und hilfreicher als der folgende Kommentar zu einer »3« in Biologie:

»Deine Leistungen sind noch nicht ganz befriedigend (3 -)«.

An dieser Stelle ist ein Entwicklungsbedarf zu erkennen, der auf Stärkung der diagnostischen Kompetenz und der Fähigkeit der Lehrkräfte zielt, einen knappen Kommentar zur Fachnote aussagekräftig formulieren zu können. Dieser Entwicklungsbedarf besteht heute schon bei den Gesamtschulen, die diese Zeugnisform einsetzen. Er stellt sich mit zusätzlicher Dringlichkeit, wenn sich diese Zeugnisform - wie empfohlen - in der Sekundarstufe weiter verbreiten soll.

Der 52seitige Forschungsbericht ist über einige Umwege auf dem Hamburger Bildungsserver in der Datei >>leihs.pdf<< zu finden. Hier die etwas sperrige Adresse:

http://www.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_schule_jugend_und_berufsbildung/siz/service/publikationen/leihs.pdf

Glossar

Hier finden Sie kurze Erläuterungen zu Abkürzungen, Begriffen, Fachbezeichnungen oder auch von Einrichtungen, die in Texten zum Thema Bildung und Schule immer wieder vorkommen, aber nicht jedem ganz selbstverständlich geläufig sein können.

Deputation: Von der Bürgerschaft aus den Einwohnern Hamburgs gewähltes Organ der Senatsbehörde, das bei Entscheidungen über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung mitwirkt.

PISA: "Program for International Student Assessment" Studie über Schülerleistungen im internationalen Vergleich

LAU: „Lern-Ausgangslagen-Untersuchung“ – in allen Hamburger Schulen in den letzten Jahren durchgeführte Erhebung der Lernleistung in 5., 7. und 9. Klassen

LeiHS-Studie: Wissenschaftliche Untersuchung von Prof. Lütgert, W. u.a.: Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung an Hamburger Schulen. Hrsg.: BSJB Hamburg. Hamburg, 2001.

Proregio II: Kooperationsprojekte zwischen Schule und Jugendhilfe zur Intensivierung von Nachmittagsangeboten

(wird nach Bedarf fortgesetzt)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der Elternkammer Hamburg
Geschäftsstelle p.A. BBS Hamburger Straße 31 · 22083 Hamburg
Tel.: (040) 4 28 63-35 27 FAX: (040) 4 28 63-47 06
e-mail: info@elternkammer-hamburg.de
<http://www.elternkammer-hamburg.de>

Die ELTERNKAMMER-KURZINFO wird von der Poststelle der BBS mit jeweils 3 Exemplaren an alle Hamburger Schulen verteilt. Je ein Exemplar ist bestimmt für

- Schulleitung
- Vorstand des Elternrats
- Vertreter des Elternrats im Kreiselternrat

Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Bick,
Vorsitzende der Elternkammer

Redaktion Ausgabe 2002 Nr. 1:
Dr. Peter Riedel, Vorstandsbeauftragter



P.Rd